

Inhaltsübersicht

	Seiten
Inhaltsverzeichnis zu §§ 1–10 (mit Verweisen auf die Randnummern)	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Hinweise für die Benutzung der 10. Auflage	XLIX
§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens	1
§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt	485
§ 3 Familienunterhalt	767
§ 4 Ehegattenunterhalt	803
§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle	1191
§ 6 Sonderfragen	1253
§ 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern	1371
§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen	1469
§ 9 Auslandsberührung	1577
§ 10 Verfahrensrecht	1805
Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2011	2161
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	2171
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	2519
Sachverzeichnis	2525

Inhaltsverzeichnis

Benutzungshinweise	XLIX
Abkürzungsverzeichnis	XLVII

§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens

1. Abschnitt: Überblick und Grundlagen

I. Der Unterhaltsanspruch	1
1. Unterhaltsberechtigungen	1
2. Struktur des Unterhaltsanspruchs	8
3. Prüfungsschema	9
4. Höhe des Unterhalts und Zahlungsweise	10
5. Härteregelungen	13
6. Unterhalt und Sozialhilfe	14
7. Gerichtliches Verfahren	15
II. Zu den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	16
1. Die Bedeutung von Tabellen und Leitlinien in der Praxis	16
2. Düsseldorfer Tabelle zum Unterhaltsbedarf	19
3. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zum Unterhaltsrecht	20
III. Zum anrechenbaren monatlichen Nettoeinkommen	21
1. Grundsatz der unterschiedslosen Erfassung aller Einkünfte aus allen Einkommensarten	22
2. Zur Berechnung des anrechenbaren Nettoeinkommens	23
3. Zum monatlichen Nettoeinkommen	24
4. Zur Berücksichtigung von Abfindungen und einmaligen höheren Zuwendungen	29
IV. Unterschiedliche Berücksichtigung der Einkünfte bei der Berechnung des Kindesunterhalts und des Ehegattenunterhalts	31
1. Berücksichtigung der Einkünfte beim Kindesunterhalt	31
2. Berücksichtigung der Einkünfte beim Ehegattenunterhalt	33
3. Zusammenfassendes Ergebnis	41
V. Ermittlung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte anhand steuerrechtlicher Unterlagen	42
1. Darlegungen der Beteiligten zum unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen	42
2. Richterliche Ermittlung unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte und Vorlage von Unterlagen	45
3. Unterhaltsrechtliche Relevanz steuerrechtlich erfasster Einkünfte	47
4. Steuerrechtliche und unterhaltsrechtliche Einkunftsarten	51
5. Gliederung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte	54

2. Abschnitt: Einkünfte aus abhängiger Arbeit sowie Nebeneinkünfte und Lohnersatzleistungen bei oder nach einem bestehenden Arbeitsverhältnis

I. Überblick	65
1. Bruttoeinnahmen und berufsbedingte Aufwendungen	65
2. Nicht berufsbedingte Aufwendungen	68
II. Der Prüfungszeitraum	69
III. Typische Bruttoeinnahmen	74
1. Barbezüge aller Art	74
2. Zweckbestimmte Entgelte für berufsbedingte Mehraufwendungen wie Spesen, Reisekosten und Auslösungen	78

3. Die Leitlinien zu den Spesen, Reisekosten, Auslösen.	85
4. Vergütungen und Zuschläge für Überstunden, Mehrarbeit, Urlaubsabgeltung und sonstige überobligatorische Belastungen, wie bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sowie bei Zulagen für Schmutz-, Schwer- und Schwerstarbeit	86
5. Sachbezüge, dh zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die in einem geldwerten Vorteil bestehen	91
6. Einmalige Zahlungen und Sonderzuwendungen wie zB Abfindungen uÄ	93
7. Einkünfte aus Nebentätigkeiten und sonstiger Zweitarbeit neben einer hauptberuflichen Tätigkeit	96
8. Sozialleistungen mit Lohnersatzfunktion	105
IV. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen	122
1. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen als Abzugsposten	122
2. Zur Pauschalierung berufsbedingter Aufwendungen	124
3. Konkrete Bemessung berufsbedingter Aufwendungen.	132
4. Berechnung von Fahrtkosten	133
5. Zusammenstellung weiterer berufsbedingter oder ausbildungsbedingter Aufwendungen	141
6. Berufsbedingte Aufwendungen, für die Zulagen (Auslands-, Kleider-, Schmutzzulagen) oder ähnliche Entgelte (Aufwandsentschädigungen, Spesen, Reisekosten) gezahlt werden	153
 3. Abschnitt: Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	
I. Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten	160
II. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	162
1. Definition im Einkommensteuergesetz	162
2. Umfang der Einkünfte aus Gewerbebetrieb	163
3. Gesetzliche Grundlagen der Gewinnermittlung	166
4. Ausnahmeregelungen	168
III. Der Jahresabschluss	169
1. Die Elemente des Jahresabschlusses	169
2. Handelsbilanz	170
3. Das Eigenkapital	172
4. Die Steuerbilanz	178
5. Gewinn- und Verlustrechnung	180
6. Anhang und Lagebericht	182
IV. Die Doppelte Buchführung	183
1. Vorbemerkung	183
2. Grundzüge der doppelten Buchführung	184
3. Buchungen auf Bestandskonten	188
4. Buchungen auf Erfolgskonten	192
5. Die Gewinn- und Verlustrechnung	194
6. Das Privatkonto oder das variable Kapitalkonto	196
7. Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchführung	200
V. Die steuerliche Behandlung des Anlagevermögens	202
1. Definition	202
2. Arten des Anlagevermögens	203
3. Anschaffungskosten in der Bilanz	204
4. Absetzung für Abnutzung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	205
5. Lineare AfA	209
6. Degressive AfA	211
7. Sonderabschreibungen, und Investitionsabzugsbetrag	213

8. Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	215
9. Veräußerungserlöse	216
10. Finanzierung	219
11. Investitionszulagen	220
12. Investitionszuschüsse	221
VI. Unterhaltsrechtlich relevante Merkmale der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	222
1. Periodengerechte Gewinnermittlung	222
2. Wareneinkauf, Bestandsveränderungen und Inventur	234
3. Betriebsvermögen	236
VII. Entnahmen und Einlagen	237
1. Entnahmen	237
2. Einlagen	243
4. Abschnitt: Sonstige Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und nach Durchschnittssätzen sowie das Einkommen von Personengesellschaften	
I. Einnahmen-Überschuss-Rechnung	250
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	250
2. Methode der Gewinnermittlung	253
3. Steuerliche Unterlagen	255
4. Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung	257
II. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	266
1. Zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	266
2. Die Ermittlung der Durchschnittssätze	267
III. Einkommensermittlung durch Schätzung	269
IV. Wechsel der Gewinnermittlungsart	270
V. Ermittlung des Einkommens aus Beteiligung an Gesellschaften	271
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	271
2. Gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung bei Mitunternehmenschaften	275
3. Betriebsverpachtung und Betriebsaufspaltung	279
5. Abschnitt: Gewinneinkünfte im Unterhaltsrecht	
I. Vorbemerkung	300
1. Verwertbarkeit steuerlicher Einkommensermittlung im Unterhaltsrecht	300
2. Vorbehalt der Nachprüfung	302
3. Steuerliche Außenprüfung (Betriebsprüfung)	303
4. Steuerhinterziehung	304
II. Steuerrechtlich und unterhaltsrechtlich irrelevante Aufwendungen	305
III. Unterhaltsrechtlich relevante Unterschiede zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Einnahmen-Überschuss-Rechnung	307
IV. Unterhaltsrechtliche Bewertung der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen und durch Schätzung	309
1. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	309
2. Steuerliche Gewinnschätzungen	310
3. Einkünfte des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH	311
4. unterhaltsrechtliche Ausschüttungsobliegenheit	314
5. Gestaltungsmissbrauch – Korrektur inkongruenter Gewinnausschüttungen	314
V. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Einnahmen-Überschuss-Rechnung nach unterhaltsrechtlichen Kriterien	314
1. Erträge/Einnahmen	314
2. Aufwand/Betriebsausgaben	330

Inhaltsverzeichnis

zu § 1

VI. Bilanzposten in unterhaltsrechtlicher Betrachtung	380
1. Vorbemerkung	380
2. Anlagevermögen	382
3. Umlaufvermögen	383
4. Forderungen und Verbindlichkeiten	384
5. Anzahlungen	386
6. Rechnungsabgrenzungsposten	387
7. Rückstellungen und Rücklagen	388
8. Wertberichtigungen	391
9. Kapital	392
10. Privatentnahmen und Privateinlagen	393
11. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse	394
VII. Steuerliche Korrekturen außerhalb der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	395
VIII. Berechnung des unterhaltsrechtlichen Einkommens	420
1. Prüfungszeitraum	420
2. Berücksichtigung von Verlusten aus anderen Wirtschaftsjahren	421
3. Berücksichtigung außerbetrieblicher Aufwendungen	422
4. Berücksichtigung des Übergangsgewinns beim Wechsel der Gewinnermittlungsart	423
IX. Auskunft- und Belegpflichten	424
1. Allgemeines	424
2. Besonderheiten des Auskunftsanspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	425
3. Besonderheiten des Beleganspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbstständigen	429
4. Besonderheiten bei Personengesellschaften	435
5. Auskünfte von Land- und Forstwirten	436
6. Auskunftspflichten bei Schätzungen	437
X Alternative Methoden der Einkommensermittlung	438
1. Entnahmen als Grundlage der Einkommensermittlung	438
2. Cash flow	442
3. Fazit	443

6. Abschnitt: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus einem Wohnvorteil

I. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	450
1. Zur Einkunfts- und Gewinnermittlungsart	450
2. Einnahmen	453
3. Abziehbare Ausgaben	455
4. Verluste	459
5. Zurechnung von Mieteinnahmen aus einem gemeinsamen Objekt und fiktive Mieteinnahmen aus unterlassener zumutbarer Vermietung.	460
6. Eigene Mietkosten	468
II. Der Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Haus	473
1. Der Wohnvorteil als unterhaltsrechtlich zu berücksichtigender Vermögensvorteil	473
2. Die unterhaltsrechtliche Bewertung des Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	477
3. Abziehbare Hauslasten, Instandhaltungskosten und Annuitätsleistungen vom Wohnwert	498
4. Eigenheimzulage und sonstige staatliche Fördermittel	519
5. Abzug von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen	520
6. Nutzungsvergütung	528
7. Unterhaltsrechtliche Auswirkung eines Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	535

8. Wohnvorteil und Unterhalt nach Veräußerung des Familienheims	557
9. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen des Wohnwerts beim Verwandtenunterhalt	571
7. Abschnitt: Einkünfte aus Vermögen, Verwertung des Vermögensstamms und fiktive Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung bzw. unterlassener Verwertung des Vermögensstamms	
I. Einkünfte aus Vermögen	600
1. Vermögenserträge	600
2. Anrechnung von Vermögenseinkünften	601
3. Ermittlung der Vermögenserträge	604
4. Einkünfte aus Kapitalvermögen	605
5. Einkünfte aus Grundstücken	606
II. Zur Verwertung des Vermögensstamms	607
1. Obliegenheit zur Verwertung des Vermögensstamms auf Grund einer Billigkeitsabwägung	607
2. Verwertung des Vermögensstamms des Berechtigten beim nachehelichen Unterhalt (§ 1577 III BGB)	611
3. Verwertung des Vermögensstamms des Berechtigten beim Trennungsunterhalt	614
4. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim nachehelichen Unterhalt (§ 1581 S. 2 BGB)	617
5. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim Trennungsunterhalt	618
6. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim Kindesunterhalt	619
7. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltsberechtigten beim Kindesunterhalt	621
8. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltspflichtigen beim Elternunterhalt	622
9. Verwertung des Vermögensstamms des Unterhaltsberechtigten beim Elternunterhalt	624
10. Vermögensverwertung beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt	625
11. Verwertung von Grundstücken	626
12. Verwertung des ausgezahlten Kapitals einer Lebensversicherung	629
III. Zurechnung fiktiver Erträge bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung oder Vermögensverwertung	632
1. Fiktive Zurechnung erzielbarer Erträge im Rahmen einer Obliegenheit zur Erzielung von Vermögenserträgen oder zur Vermögensverwertung	632
2. Obliegenheiten bei Immobilien	635
3. Obliegenheiten bei Barvermögen, wie Sparguthaben, Zugewinnausgleichszahlungen oder Veräußerungserlösen	636
4. Obliegenheit zur Vermögensumschichtung	637
5. Obliegenheit zur Belastung eines vorhandenen Vermögens, zur Kreditaufnahme und zur Einziehung von Forderungen	640
6. Obliegenheit zur Verwertung von Erbanteilen und Pflichtteilsrechten .	642
7. Höhe der fiktiv zurechenbaren Erträge	644
8. Abschnitt: Einkünfte aus Pensionen, Renten und ähnlichen widerkehrenden Bezügen Nichterwerbstätiger	
1. Allgemeines	646
2. Arten von Versorgungsbezügen und Renten nebst Zulagen und Zuschlägen	649
3. Berücksichtigung von konkretem Mehrbedarf und Mehraufwand	652

Inhaltsverzeichnis

zu § 1

4. Berücksichtigung von Nebeneinkünften	658
5. Berücksichtigung eines Rentenanspruchs ab Antragstellung sowie einer Rentennachzahlung	660
9. Abschnitt: Sonstige Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen, freiwilligen Zuwendungen Dritter, Versorgungsleistungen des Berechtigten für seinen neuen Partner, aus Unterhaltsleistungen, Schmerzensgeld sowie nicht anzurechnende Vermögensvorteile	
I. Sozialstaatliche Zuwendungen wie Wohngeld, BAföG, Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und -geld sowie Leistungen nach §§ 41 ff. SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)	664
1. Allgemeines (vgl. auch → § 8 Rn. 1 ff. (Unterhalt und Sozialleistungen) und → § 8 Rn. 262 ff. (Unterhaltsvorschuss)	664
2. Zur Anrechnung von Wohngeld und Baukindergeld	665
3. Zur Anrechnung von BAföG-Leistungen	670
4. Kindergeld und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG	677
5. Pflege- und Erziehungsgeld nach SGB VIII, Pflegegeld für Pflegepersonen nach SGB XI, Pflegegeld nach SGB XII, Leistungen nach dem Stiftungs- und dem Kindererziehungsleistungsgesetz	689
6. Ausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld nach dem Arbeitsförderungsrecht (SGB III = AFG)	701
7. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 ff. SGB XII)	703
II. Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen eines Dritten	708
III. Zuwendungen eines neuen Partners an den Berechtigten sowie Gegenleistungen des Berechtigten an den neuen Partner	712
1. Allgemeines	712
2. Zur Anrechnung von Leistungen des neuen Partners	713
3. Zur fiktiven Anrechnung einer angemessenen Vergütung für Versorgungsleistungen des Unterhaltsberechtigten	715
4. Zur Bemessung der angemessenen Vergütung	717
5. Zur Wohnungsgewährung durch den neuen Partner	719
IV. Unterhaltsleistungen als anrechnungsfähiges Einkommen	721
1. Grundsatz	721
2. Ausnahmen	722
V. Schmerzensgeld	726
VI. Zu den nicht als Einkommen anzurechnenden Geldeinkünften	727
10. Abschnitt: Fiktives Einkommen aus unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	
I. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Unterhaltsschuldner	735
1. Allgemeine Grundsätze	735
2. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung durch Arbeitsaufgabe, Berufswechsel, Selbständigkeit oder sonstige berufliche Veränderung ..	743
3. Unterhaltsbemessung bei nicht leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung	753
4. Bedarfsbemessung auf der Grundlage von fiktiv zugerechneten Einkünften des Unterhaltspflichtigen	761
5. Arbeitsplatzaufgabe wegen beruflicher Weiterbildung oder Zweitausbildung	767
6. Fiktives Einkommen bei Selbständigen	769
7. Fiktives Einkommen bei Arbeitsplatzverlust infolge von Straftaten, sonstigen Verfehlungen oder Alkoholmissbrauch	770

8. Fiktives Einkommen bei unentgeltlichen oder unterbezahlten Dienstleistungen gegenüber Dritten	772
II. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Berechtigten	773
1. Bedürftigkeitsminderung durch Zurechnung fiktiver Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit.	773
2. Zumutbare Erwerbstätigkeiten des Berechtigten	778
III. Ernsthafte Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit und reale Beschäftigungschancen	782
1. Ernsthafte Bemühungen um eine Arbeitsstelle	782
2. Reale Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt	784
3. Darlegungs- und Beweislast zu den Arbeitsbemühungen und zur Beschäftigungschance.	786
IV. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	787
1. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit und Pflicht zur Wiederherstellung der Arbeitskraft	787
2. „Rentenneurose“ des Berechtigten.	791
V. Bemessung und Dauer der fiktiven Einkünfte	793
1. Zur Bemessung fiktiver Einkünfte.	793
2. Zur Dauer fiktiver Einkünfte	796
3. Vorsorgeunterhalt	797
 11. Abschnitt: Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	
I. Grundsatz	800
1. Abgrenzung zumutbare und unzumutbare Tätigkeit	800
2. Erwerbstätigkeit trotz Betreuung kleiner Kinder	803
II. Unzumutbare Tätigkeit beim Berechtigten	815
1. Unzumutbare Tätigkeit beim Ehegattenunterhalt	815
2. Anrechnung nach § 1577 II BGB beim Ehegattenunterhalt	821
3. Anrechnung bei Kindern	825
4. Anrechnung bei Ansprüchen nach § 1615I BGB	827a
III. Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit beim Verpflichteten	828
1. Einkünfte des Verpflichteten aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	828
2. Zur Anrechnung solcher Einkünfte	835
 12. Abschnitt: Unterhalt und Einkommensteuer	
I. Einführung	850
1. Besteuerung von Ehe und Familie und Grundgesetz.	850
2. Unterhaltsrechtliche Relevanz von Steuern	853
3. Steuersätze	857
4. Einkommensteuergesetz, Richtlinien und amtliche Hinweise.	864
II. Grundbegriffe des Einkommensteuerrechts	870
1. Steuerpflicht	870
2. Umfang der Besteuerung und Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	874
3. Überblick über wichtige Abzugsposten von der Summe der Einkünfte oder dem Gesamtbetrag der Einkünfte.	876
4. Die Entstehung und die Höhe der Einkommensteuer.	887
5. Vorauszahlungen	890
6. Abzugssteuern	892
III. Besteuerung von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit.	900
1. Einkommensermittlung.	900
2. Lohnsteuerklassen	907
3. Freibeträge	911

IV. Einkommensteuerveranlagung nach steuerrechtlichen Kriterien	915
1. Veranlagungsarten im Einkommensteuergesetz	915
2. Einzelveranlagung	916
3. Ehegattenveranlagung	917
4. Verfahren	927
5. Gesamtschuld und Haftungsbeschränkung	930
6. Erstattung von Steuern	931
V. Unterhaltsrechtliche Kriterien für die Steuerveranlagung	935
1. Frühere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	935
2. Aktuelle Rechtsprechung	936
3. Zusammenfassung der Grundsätze und Musterberechnungen	943
VI. Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltslasten beim Einkommen	950
1. Realsplitting	950
2. Unterhaltszahlungen als außergewöhnliche Belastung	963
VII. Berücksichtigung der Steuerbelastung beim unterhaltsrechtlichen Einkommen	970
1. Grundlagen	970
2. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	971
3. Ermittlung der unterhaltsrechtlich abzugsfähigen Steuern nach dem In-Prinzip	979
VIII. Steuerfragen bei Unterhalt, Zugewinn und Vermögen	995
1. Doppelberücksichtigung von Steuerschulden und Forderungen	995
2. Steuerprobleme bei der Übertragung von Einkommensquellen	996

13. Abschnitt: Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens durch unterhaltsrechtlich relevante Abzüge

I. Überblick zu den relevanten Abzügen	1000
1. Das bereinigte Nettoeinkommen	1000
2. Die Abzugsposten im Einzelnen:	1007
II. Abzug von Steuern	1009
1. Abzug der tatsächlich angefallenen Steuern	1009
2. Eintragung von Freibeträgen	1012
3. Wiederverheiratung des Pflichtigen	1014
4. Fiktive Berechnung	1018
5. Realsplitting	1023
6. Zusammenveranlagung	1026
III. Abzug von Vorsorgeaufwendungen	1029
1. Bei Nichtselbstständigen	1029
2. Bei Selbstständigen und Gewerbetreibenden	1036
3. Krankenversicherungs- und Vorsorgeunterhalt	1039
4. Kindesunterhalt	1041
IV. Berufsbedingte Aufwendungen	1042
1. Bei Gewinnermittlung	1042
2. Bei Einkünften aus Kapital und Vermietung und Verpachtung	1043
3. Bei Renten, Pensionen	1044
4. Bei Nichtselbstständigen	1045
V. Kinderbetreuungskosten und Betreuungsbonus	1053
1. Kinderbetreuungskosten beim Ehegattenunterhalt	1053
2. Betreuungsbonus	1058
3. Berücksichtigungswürdigkeit beim Bedarf	1062
4. Verwandtenunterhalt und Ansprüche nach § 1615I BGB	1063
VI. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Krankheit, Behinderung und Alter	1064
1. Mehrbedarf und Mehrbedarfsfälle	1064
2. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs	1068

VII. Berücksichtigung von Schulden	1072
1. Zur Problematik der Berücksichtigung von Schulden sowie zu Regelungen in den Leitlinien.	1072
2. Abzug berücksichtigungswürdiger Schulden bei der Bedarfsermittlung des Ehegattenunterhalts	1082
3. Berücksichtigungswürdige Schulden im Rahmen der Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	1103
4. Berücksichtigung von Schulden beim Verwandtenunterhalt	1105
5. Verbraucherinsolvenz bei Überschuldung	1118
VIII. Nur beim Ehegattenunterhalt und sonstigem Verwandtenunterhalt zu berücksichtigende Abzüge	1121
1. Kindesunterhalt und sonstige Unterhaltslasten	1121
2. Vermögenswirksame Leistungen des Pflichtigen.	1134
 14. Abschnitt: Der Anspruch auf Auskunft und Vorlage von Belegen	
I. Der Auskunftsanspruch.	1150
1. Allgemeiner Überblick	1150
2. Auskunft beim Ehegattenunterhalt	1158
3. Auskunft beim Kindesunterhalt	1160
4. Auskunft beim Elternunterhalt.	1162
5. Auskunft beim Unterhaltsanspruch aus Anlass der Geburt (§ 1615I BGB).	1163
II. Die Auskunftserteilung	1164
1. Die systematische Aufstellung	1164
2. Der Zeitraum	1170
3. Die Kosten.	1171
4. Zur Häufigkeit	1172
5. Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht	1175
III. Vorlage von Belegen über das Einkommen.	1176
1. Allgemeines	1176
2. Der Umfang der Vorlagepflicht	1177
IV. Die Vollstreckung von Titeln zur Auskunft und zur Vorlage von Belegen .	1188
1. Vollstreckungsfähige Titel	1188
2. Die Art der Vollstreckung	1191
V. Die eidesstattliche Versicherung	1195
1. Voraussetzungen	1195
2. Die Durchsetzung des Anspruchs	1198
VI. Die Verpflichtung zu ungefragten Informationen	1199
1. Voraussetzungen	1199
2. Die Folgen des Verschweigens	1202

§ 2 Kindes-, Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt

A. Kindesunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Entstehung und Dauer des Unterhaltsanspruchs	1
1. Eltern-Kind-Verhältnis	1
2. Übersicht über die wichtigsten Anspruchsvoraussetzungen und Einwendungen gegen den Anspruch	7
3. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs	12
II. Unterhaltsarten.	16
1. Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	16
2. Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt.	20
3. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt	28

III. Bestimmungsrecht der Eltern	32
1. Bestimmungsrecht	32
2. Bestimmungsberechtigung	38
3. Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	44
4. Verfahren	50
2. Abschnitt: Bedürftigkeit des Kindes	
I. Unvermögen des Kindes, sich selbst zu unterhalten	51
1. Nichterwerbspflichtige Kinder	51
2. Ausbildungsbedürftige Kinder	54
3. Erwerbspflichtige Kinder	57
4. Erwerbspflicht des Kindes trotz Schwangerschaft oder Betreuung eines eigenen Kindes	59
II. Ausbildungsunterhalt	68
1. Ausbildungsanspruch	68
2. Berufswahl	71
3. Ausbildungsverpflichtungen des Kindes und Ausbildungsdauer	77
4. Finanzierung einer Zweitausbildung	91
5. Weiterbildung, insbesondere Studium nach einer praktischen Ausbildung	97
III. Einkommen und Vermögen des Kindes	107
1. Anrechenbare Einkünfte des Kindes	107
2. Anrechnung einer Ausbildungsvergütung	112
3. Anrechnung von Einkommen auf Barunterhalt und auf Betreuungsunterhalt	118
4. Freiwillige Zuwendungen eines Dritten oder eines Elternteils	121
5. Berücksichtigung des Kindesvermögens	132
3. Abschnitt: Barbedarf des Kindes	
I. Bedarfsbemessung nach der von den Eltern abgeleiteten Lebensstellung des Kindes	200
1. Lebensstellung des Kindes und Unterhaltsbedarf	200
2. Einkommen als Kriterium der Lebensstellung der Eltern	205
3. Einkommensverhältnisse der Eltern im Unterhaltszeitraum	210
4. Bedarfsbemessung bei alleiniger Barunterhaltspflicht eines Elternteils ..	211
5. Bedarfsbemessung bei Barunterhaltspflicht beider Eltern	213
II. Regelbedarf, regelmäßiger Mehrbedarf und Sonderbedarf	216
1. Pauschalierung des Kindesunterhalts nach Tabellen	216
2. Mindestbedarf und Existenzminimum	221
3. Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern	226
4. Regelmäßiger Mehrbedarf	232
5. Sonderbedarf	237
4. Abschnitt: Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	
I. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Unterhaltsschuldners	239
II. Anrechenbare Einkünfte des Schuldners	241
1. Tatsächliche Einkünfte	241
2. Fiktive Einkünfte	243
3. Unterhaltsleistungen als anrechenbare Einkünfte	247
III. Berücksichtigung sonstiger Verpflichtungen des Schuldners	257
1. Schulden und Verbraucherinsolvenz	257
2. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter; Mangelfälle	262

3. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines anderen unterhaltsberechtigten Kleinkindes	269
4. Minderung der Leistungsfähigkeit durch Umgangskosten	271
IV. Leistungsfähigkeit eines Elternteils bei Übernahme der Haushaltsführung nach Wiederverheiratung oder Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft („Hausmannrechtsprechung“)	275
1. Erwerbsobliegenheit des wiederverheirateten, haushaltsführenden Ehegatten gegenüber gleichrangigen Berechtigten, insbesondere gegenüber minderjährigen Kindern aus erster Ehe	275
2. Umfang der Erwerbsobliegenheit des haushaltsführenden Ehegatten; Verpflichtungen des neuen Partners	283
3. Bemessung der dem Verpflichteten anzurechnenden (fiktiven) Nebeneinkünfte	288
4. Unterhaltungspflicht des haushaltsführenden Elternteils gegenüber einem volljährigen Kind	291
5. Hausmannrechtsprechung bei Übernahme der Haushaltsführung in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	296
 5. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt minderjähriger Kinder	299
II. Grundsätze der Bemessung des Bedarfs minderjähriger Kinder	309
1. Der Unterhalt des nichtehelichen Kindes bis zum 30.6.1998.	309
2. Die Bedarfsmessung bei ehelichen und nichtehelichen Kindern seit dem 1.7.1998.	310
III. Die Düsseldorfer Tabelle und die ehemaligen Vortabellen für das Beitrittsgebiet	315
1. Vorbemerkung	315
2. Die Düsseldorfer Tabelle, Stand: 1.1.2019/1.1.2018/1.1.2017/1.1.2016/1.1.2015	319
3. Allgemeines zur Anwendung der Düsseldorfer Tabelle	323
4. Zu- oder Abschläge bei den Bedarfssätzen.	343
5. Der Bedarfskontrollbetrag.	351
IV. Dynamischer Unterhalt nach dem Mindestunterhalt	358
V. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt minderjähriger Kinder	366
1. Gesteigerte Unterhaltsverpflichtung der Eltern nach § 1603 II 1 BGB.	366
2. Notwendiger Selbstbehalt bei gesteigerter Unterhaltungspflicht	380
3. Die Bemessung des notwendigen Selbsthalts nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	384
4. Keine gesteigerte Unterhaltsverpflichtung bei Vorhandensein eines anderen leistungsfähigen Verwandten	394
VI. Alleinige Barunterhaltungspflicht eines Elternteils oder Beteiligung beider Eltern am Barunterhalt	410
1. Alleinige Barunterhaltungspflicht eines Elternteils	410
2. Barunterhaltungspflicht des betreuenden Elternteils.	416
3. Anteilige Barunterhaltungspflicht beider Eltern nach § 1606 III 1 BGB ...	418
4. Unterhalt bei Geschwistertrennung	440
5. Kindesunterhalt bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Wechselmodell	447
VII. Mehrbedarf minderjähriger Kinder	451
1. Berechtigung des Mehrbedarfs.	451
2. Berechnung des geschuldeten Unterhalts bei berechtigtem Mehrbedarf	460
3. Mehrbedarf des behinderten minderjährigen Kindes.	463
 6. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch volljähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt volljähriger Kinder	468
II. Bedürftigkeit des volljährigen Kindes.	481

1. Auswirkungen der Volljährigkeit auf die Bedürftigkeit	481
2. Unterhalt bei Wehr- oder Ersatzdienst, freiwilligem sozialem Jahr	486
3. Anrechnung von Einkommen, Vermögen und Kindergeld.	490
III. Bedarf des volljährigen Kindes	499
1. Lebensbedarf und Bedarfsbemessung.	499
2. Bedarf von Studenten und Kindern mit eigenem Haushalt.	508
3. Bedarf von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die im Haushalt eines Elternteils leben.	518
4. Regelmäßiger Mehrbedarf des volljährigen Schülers, Studenten oder Auszubildenden	530
5. Bemessung des Bedarfs des Volljährigen, der sich nicht in einer Ausbildung befindet	534
IV. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt volljähriger Kinder	536
1. Grundsätzlich keine gesteigerte Unterhaltspflicht gegenüber volljährigen Kindern.	536
2. Angemessener Eigenbedarf des Verpflichteten nach § 1603 I BGB und eheangemessener Bedarf nach §§ 1361, 1578 I 1, 1581 BGB	545
3. Bemessung des angemessenen Eigenbedarfs des verpflichteten Elternteils nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte ...	546
4. Berücksichtigung anderweitiger Verpflichtungen, insbesondere vorrangiger Unterhaltsansprüche	556
V. Ermittlung des Haftungsanteils der Eltern nach § 1606 III 1 BGB.	560
1. Anteilige Haftung der Eltern.	560
2. Vergleichbares Einkommen der Eltern	565
3. Einzelheiten der Unterhaltsberechnung und wertende Veränderung des Verteilungsschlüssels	575
4. Darlegungs- und Beweislast für die Haftungsanteile der Eltern	578
VI. Gleichstellung 18–20-jähriger Schüler mit Minderjährigen.	579
1. Problematik der Privilegierung volljähriger Kinder während einer Übergangszeit nach Eintritt der Volljährigkeit.	579
2. Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler nach §§ 1603 II 2, 1609 Nr. 1 BGB.	581
3. Unterhaltsbemessung bei privilegiert volljährigen Kindern.	589
VII. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs des volljährigen Kindes	601

7. Abschnitt: Kindergeld und Kindesunterhalt

I. Der öffentlich-rechtliche Anspruch auf Kindergeld.	700
1. Rechtsgrundlagen	700
2. Anspruchsvoraussetzungen für Kindergeld nach §§ 62 ff. EStG.	702
3. Kindergeld und Freibeträge nach § 32 VI EStG	707
4. Abzweigung des Kindergeldes	712
5. Ähnliche Sozialleistungen	713
II. Das Kindergeld nach dem bis zum 31.12.2007 geltenden Unterhaltsrecht .	714
III. Die Behandlung des Kindergeldes nach dem Unterhaltsänderungsgesetz ..	716
1. Übersicht über den seit dem 1.1.2008 geltenden Kindergeldausgleich ..	716
2. Häufige Berücksichtigung des Kindergeldes	718
3. Berücksichtigung des Kindergeldes in voller Höhe.	722
4. Auswirkungen der bedarfsdeckenden Berücksichtigung des Kindergeldes.	727
5. Sonderfragen	731
IV. Verfahrensfragen	736

8. Abschnitt: Sonderprobleme des Kindesunterhalts

I. Auskunftspflichten	751
II. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten	754

III. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	755
1. Allgemeines	755
2. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt	758
3. Freistellungsvereinbarungen der Eltern bezüglich des Kindesunterhalts	762
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	767
1. Ausgleich zwischen den Eltern	767
2. Erfüllung einer dem anderen Elternteil obliegenden Unterhaltspflicht	775
3. Ausgleich von Kindergeld und anderen staatlichen kinderbezogenen Leistungen	780
4. Einschränkungen des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs	783
5. Verzinsung des Ausgleichsanspruchs	786
V. Ersatzhaftung; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB	787
1. Reihenfolge der Haftung beim Kindesunterhalt	787
2. Primäre Haftung nachrangig Verpflichteter	788
3. Subsidiäre Haftung nachrangig Verpflichteter	797
4. Unterhaltsleistung durch einen Dritten	803
5. Rechtsfolgen des Anspruchsübergangs	805
 B. Eltern- und sonstiger Verwandtenunterhalt	
1. Abschnitt: Grundlagen	
I. Grundfragen zum geltenden Recht	900
II. Gerichtliche Zuständigkeit	901
III. Anspruchsübergang auf Sozialhilfeträger	902
 2. Abschnitt: Rangfolge der Verpflichteten und Bedürftigen	
I. Vorrangige Haftung des Ehegatten bzw. des Lebenspartners und des nichtehelichen Vaters	907
II. Rangfolge der unterhaltspflichtigen Verwandten	912
III. Ersatzhaftung	914
1. Bedarf des Unterhaltsberechtigten	914
2. Leistungsunfähigkeit des zunächst Unterhaltspflichtigen (§ 1607 I BGB)	915
3. Erschwerte Durchsetzbarkeit des Anspruchs (§ 1607 II BGB)	918
IV. Rangfolge der Bedürftigen	923
V. Darlegungs- und Beweislast bei Rangfragen	924
 3. Abschnitt: Das Unterhaltsverhältnis im Einzelnen	
I. Das Maß des Unterhalts	926
1. Grundbedarf	926
2. Vorsorgebedarf	927
II. Bedürftigkeit des Berechtigten	929
1. Grundsatz	929
2. Vermögensreserve	930
3. Erwerbsobliegenheit	931
4. Aufwendungen zur Sicherung der Lebensstellung	932
III. Eigenbedarf des Pflichtigen	933
1. Grundsatz der Bemessung des Eigenbedarfs	933
2. Pauschalierte Bemessung des Eigenbedarfs – Selbstbehaltssätze	935
3. Pauschalierte Bemessung im Eltern- und Enkelunterhalt – Selbstbehaltssätze	936
IV. Leistungsfähigkeit	940
1. Aufwendungen zur Absicherung der Lebensstellung	941
2. Abzug von Verbindlichkeiten	943

3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen Verletzung der Erwerbsobliegenheit	946
4. Verpflichtung zum Einsatz des Vermögens durch Verwertung	947
V. Beschränkung oder Wegfall der Unterhaltsverpflichtung wegen Verwirkung	953
1. Verwirkung gemäß § 1611 BGB	953
2. Verwirkung gemäß § 242 BGB	963
4. Abschnitt: Elternunterhalt im Besonderen	
I. Grundsätzliches	964
II. Bedarf des Berechtigten	967
1. Allgemeiner Bedarf – eigener Haushalt	967
2. Bedarf bei Heimunterbringung	968
3. Darlegungs- und Beweislast	971
III. Bedürftigkeit des Berechtigten	972
1. Einkünfte	972
2. Verwertbares Vermögen	973
3. Rückforderungsanspruch des Schenkers gemäß § 528 BGB	975
IV. Leistungsfähigkeit des pflichtigen Kindes	990
1. Angemessener Eigenbedarf	990
2. Einkünfte	992
3. Abzugsfähige Aufwendungen	997
4. Pflicht zur Vermögensverwertung	998
5. Zusätzliche Schutz- und Schongrenzen zu Lasten des Sozialhilfeträgers	1005
V. Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch gegen ein in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebendes Kind	1008
VI. Besonderheiten beim Unterhaltsanspruch gegen ein verheiratetes Kind ...	1009
1. Haushalt führendes Kind – Taschengeldanspruch – Nebenerwerbstätigkeit	1009
2. Eheangemessener Selbstbehalt – Familienselbstbehalt	1012
3. Bedarf der minderjährigen und privilegiert volljährigen Kinder	1014
4. Vermögensbildung des erwerbstätigen Ehegatten	1016
5. Rechenmethode des BGH	1017
6. Latente Unterhaltslast	1023
7. Darlegungs- und Beweislast	1024
5. Abschnitt: Enkelunterhalt im Besonderen	
I. Überblick	1025
1. Allgemeines	1025
2. Anspruch auf Auskunft	1028
3. Beschränkung des Anspruchs auf rückständigen Unterhalt	1029
4. Gerichtliche Zuständigkeit	1030
II. Bedarf und Bedürftigkeit	1031
1. Bedarf des Enkelkindes	1031
2. Bedürftigkeit des Enkelkindes	1034
III. Voraussetzung der Ersatzhaftung von Großeltern	1035
1. Haftung nach § 1607 I BGB	1035
2. Ersatzhaftung nach § 1607 II BGB	1038
3. Darlegungs- und Beweislast	1040
IV. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf der Großeltern	1041
1. Eigenbedarf	1041
2. Leistungsfähigkeit	1042
3. Aufwendungen zur Altersvorsorge	1043
4. Verbindlichkeiten	1044
6. Abschnitt: Oberlandesgerichtliche Leitlinien	

§ 3 Familienunterhalt**1. Abschnitt: Grundsätzliches**

- I. Abgrenzung Familienunterhalt, Trennungsunterhalt, nachehelicher Unterhalt 1
- II. Art der Unterhaltsgewährung 2

2. Abschnitt: Voraussetzungen des Familienunterhalts

- I. Eheleiche Lebensgemeinschaft, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit 7
- II. Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten und Aufgabenverteilung in der Ehe 12
 - 1. Verpflichtung beider Ehegatten 12
 - 2. Aufgabenverteilung in der Ehe 14
- III. Erwerbsobliegenheit der Ehegatten 20

3. Abschnitt: Bemessung des Familienunterhalts, Unterhaltsbeiträge der Ehegatten, Wirtschaftsgeld und Taschengeld

- I. Lebensbedarf der Familie 25
 - 1. Angemessener Aufwand 25
 - 2. Schulden 35
 - 3. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter 36
- II. Bemessung des Familienunterhalts und Leistungsfähigkeit 38
 - 1. Finanzieller Bedarf 38
 - 2. Leistungsfähigkeit 43
 - 3. Art und Weise des Familienunterhalts 44
- III. Anteilige Beiträge der Ehegatten zum Familienunterhalt 45
 - 1. Gleichwertigkeit der Haushaltstätigkeit 45
 - 2. Allein erwerbstätiger Ehegatte 46
 - 3. Beiderseits erwerbstätige Ehegatten 47
 - 4. Zuverdienst 53
 - 5. Nicht erwerbstätige Ehegatten 54
- IV. Wirtschaftsgeld 55
- V. Taschengeld 62

4. Abschnitt: Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen

- I. Vergleichbarkeit des Familienunterhalts und anderer Unterhaltsansprüche 70
- II. Konkurrenz zwischen dem Unterhalt minderjähriger oder privilegierter volljähriger Kinder und dem Familienunterhalt 71
- III. Konkurrenz zwischen mehreren Ehegatten 74
 - 1. Änderung der Rangverhältnisse zum 1.1.2008 74
 - 2. Keine Dreiteilung bei der Ermittlung des Unterhaltsbedarfs 77
 - 3. Bedarf des ersten Ehegatten 79
 - 4. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei Wiederverheiratung 82
 - 5. Bedarf des nachfolgenden Ehegatten 83
 - 6. Kürzung der Unterhaltsansprüche im Rahmen der Leistungsfähigkeit 86
 - 7. Aktualisierung der Rangverhältnisse im Mangel Fall 88
 - 8. Konkurrenz des geschiedenen und des beim Verpflichteten lebenden jetzigen Ehegatten 92
 - 9. Angemessenheitskontrolle 98
- IV. Konkurrenz zwischen Volljährigen- und Familienunterhalt 99
- V. Konkurrierende Ansprüche von Eltern 103
 - 1. Bedürftigkeit eines Elternteils 103
 - 2. Sicherstellung des Familienunterhalts durch das unterhaltspflichtige Kind 104
- VI. Konkurrierende Ansprüche bei Geburt eines nichtehelichen Kindes 114

5. Abschnitt: Besonderheiten des Familienunterhalts

I. Keine Identität zwischen Familienunterhalt und Trennungsunterhalt	115
II. Ausgleichsanspruch nach § 1360b BGB	117
III. Unpfändbarkeit des Familienunterhalts	120
IV. Sonderfragen	121

§ 4 Ehegattenunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Entstehungsgeschichte	1
1. Entwicklung bis zum 30.6.1977	1
2. Rechtslage ab dem 1.7.1977	2
3. Rechtslage ab dem 1.1.2008	3
II. Anwendbarkeit des deutschen Unterhaltsrechts, Unterhaltstatbestände	4
1. Deutsches Internationales Unterhaltsrecht	4
2. Vorrangige Unterhaltsregelungen	4a
3. Unterhaltstatbestände des BGB	5
4. Keine Identität von Familienunterhalt, Trennungsunterhalt und nachehelichem Unterhalt	6
III. Allgemeines zur Struktur der Ansprüche auf Trennungsunterhalt und auf nachehelichen Unterhalt	8
1. Vorliegen eines Unterhaltstatbestands	9
2. Allgemeine Voraussetzungen beim Berechtigten	11
3. Allgemeine Voraussetzung beim Pflichtigen	17
4. Prüfung von Einwendungen und Einreden	20

2. Abschnitt: Der Trennungsunterhalt (§ 1361 BGB)

I. Grundlagen	21
1. Geltungsbereich	21
2. Normzweck	22
3. Bedeutung des Güterstandes	23
II. Voraussetzungen des Trennungsunterhalts	24
III. Getrenntleben	25
1. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft	26
2. Versöhnungsversuch	30
IV. Bedürftigkeit des Berechtigten	31
1. Erwerbsobliegenheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung	32
2. Kriterien für die Zumutbarkeitsabwägung	36
3. Zumutbarkeitsabwägung bei Fortsetzung, Ausweitung oder Einschränkung einer bei Trennung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit	50
4. Fiktive Zurechnung erzielter Einkünfte	53
5. Anrechenbare Einkünfte des Unterhaltsberechtigten	54
V. Maß des Trennungsunterhalts	60
1. Eheliche Lebensverhältnisse und Bedarfsbemessung beim Trennungsunterhalt	60
2. Maßgeblicher Bemessungszeitpunkt, eheliche Lebensverhältnisse	61
3. Einzelne Bedarfspositionen	65
VI. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	76
VII. Unterhaltsberechnung	78
VIII. Rangfolge, Konkurrenzen	79
1. Rangfolge des Unterhaltsanspruchs	79
2. Konkurrenzen	80
IX Beginn und Ende des Trennungsunterhalts, Unterhaltsverzicht, Unterhaltsbegrenzung	81
1. Beginn des Anspruchs	81

2. Ende des Anspruchs	82
3. Unterhaltsverzicht	85
4. Unterhaltsbegrenzung	86
X Verwirkung des Trennungsunterhalts (§§ 1361 III, 1579 BGB)	87
1. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausel des § 1579 BGB	87
2. Einzelne, beim Trennungsunterhalt häufig geltend gemachte Härtegründe	88
3. Zumutbarkeitsabwägung	94
4. Rechtsfolgen	95
5. Verfahrensrechtliches	96
XI Unterhalt für die Vergangenheit, Rückforderung von Unterhalt	97
1. Unterhalt für Vergangenheit	97
2. Rückforderung von Zuvielleistungen	98
3. Aufrechenbarkeit von Trennungsunterhaltsansprüchen	99
XII Geltendmachung des Trennungsunterhalts, Auskunftsanspruch	99
1. Auskunftsanspruch	99
2. Verfahren	100
3. Darlegungs- und Beweislast	101

3. Abschnitt: Anspruchstatbestände des nachehelichen Unterhalts

I. Allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	102
1. Allgemeine Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit und der nachehelichen Verantwortung	102
2. Allgemeine Voraussetzungen für einen Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	105
3. Einheitlicher Anspruch auf nachehelichen Unterhalt	106
4. Einsatzzeitpunkte und Anschlussunterhalt sowie Teilanschlussunterhalt	111
5. Beginn, Ende und Wiederaufleben des nachehelichen Unterhalts	115
6. Sonstige materiell-rechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	119
7. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten des nachehelichen Unterhalts	138
II. Angemessene Erwerbstätigkeit im Sinne des § 1574 BGB	139
1. Normzweck und Anwendungsbereich des § 1574 BGB	139
2. Angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 II BGB, Systematik	141
3. Die einzelnen Kriterien für die Prüfung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1574 II 1 Hs. 1 BGB (1. Stufe)	145
4. Billigkeitsprüfung nach § 1574 II 2 Hs. 2 und S. 2 BGB (2. Stufe)	150
III. Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 BGB	157
1. Entwicklung des Unterhaltsanspruchs	157
2. Übergangsregelung	159
3. Struktur des Unterhaltsanspruchs nach § 1570 BGB	160
4. Gemeinschaftliches Kind	164
5. Berechtigte Pflege und Erziehung	165
6. Der Betreuungsunterhaltsanspruch bis zum 3. Lebensjahr des Kindes, § 1570 I 1 BGB	167
7. Die Verlängerung des Unterhaltsanspruchs über die Dreijahresfrist hinaus, § 1570 I 2 u. 3 BGB	170
8. Die Verlängerung des Betreuungsunterhalts aus ehe-/elternbezogenen Gründen nach § 1570 II BGB	188
9. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zur Erwerbsobliegenheit	193
10. Rechtsprechung zum Umfang der Erwerbsobliegenheit	194
11. Einsatzzeitpunkt	203
12. Begrenzung des Anspruchs aus § 1570 BGB	206

13. Privilegierung des Anspruchs aus § 1570 BGB	209
14. Konkurrenzen	210
IV. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	214
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen des § 1571 BGB	214
2. Das maßgebende Alter des Berechtigten	216
3. Ursächlichkeit des Alters	223
4. Einsatzzeitpunkte	227
5. Konkurrenzen	233
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB	234
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578b BGB	235
8. Darlegungs- und Beweislast	236
V. Unterhalt wegen Krankheit nach § 1572 BGB	237
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1572 BGB	237
2. Krankheit, Gebrechen oder geistige Schwäche	238
3. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit	245
4. Einsatzzeitpunkte	249
5. Konkurrenzen	258
6. Beschränkung des Anspruchs nach § 1579 BGB	260
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1578b BGB	261
8. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches	264
VI. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 I, III, IV BGB	268
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 I, III, IV BGB	268
2. Subsidiarität und Konkurrenzen	270
3. Der Unterhaltsberechtigte findet keine angemessene Erwerbstätigkeit ..	272
4. Notwendige Bemühungen um eine angemessene Erwerbstätigkeit	274
5. Ausbildungsobliegenheit	279
6. Folgen einer Verletzung der Obliegenheit aus §§ 1573 I, 1574 III BGB	280
7. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	281
8. Umfang des Anspruchs	288
9. Dauer des Anspruchs, Erlöschen durch nachhaltige Unterhaltssicherung, Wiederaufleben	289
10. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB	300
11. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB	301
12. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches	302
VII. Aufstockungsunterhalt nach § 1573 II BGB	308
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	308
2. Subsidiarität und Konkurrenzen	314
3. Einkommensgefälle, Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit ..	316
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	318
5. Umfang des Anspruchs	322
6. Dauer des Anspruchs, Erlöschen, Wiederaufleben	323
7. Begrenzung des Anspruchs nach § 1579 BGB	325
8. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Aufstockungsunterhalts nach § 1578b BGB	326
9. Darlegungs- und Beweislast	327
VIII. Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III iVm § 1573 I BGB	328
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	328
2. Erforderlichkeit der Ausbildung	329
3. Erwartung eines erfolgreichen Abschlusses	330
4. Chancen auf dem Arbeitsmarkt	331
5. Beginn, Dauer und Umfang der Ausbildungsobliegenheit, Einsatzzeitpunkte	332
6. Verletzung der Obliegenheit	333
7. Konkurrenzen	336
8. Darlegungs- und Beweislast	337

IX Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB	338
1. Normzweck	338
2. Subsidiarität, Konkurrenzen	339
3. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 I BGB	341
4. Anwendungsvoraussetzungen des § 1575 II BGB	350
5. Umfang des Unterhalts	354
6. Dauer des Unterhalts nach § 1575 I, II BGB	357
7. Obliegenheiten des geschiedenen Ehegatten	361
8. Erwerbslosenunterhalt als Anschlussunterhalt nach § 1575 III BGB iVm § 1573 BGB	364
9. Begrenzung des Unterhaltsanspruchs	365
10. Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensrechtliches	367
X Unterhalt aus Billigkeitsgründen nach § 1576 BGB	368
1. Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	368
2. Ehebedingtheit	369
3. Einsatzzeitpunkt	370
4. Berücksichtigung des Verschuldens am Scheitern der Ehe	371
5. Vorliegen eines sonstigen schwerwiegenden Grundes	372
6. Billigkeitsabwägung	382
7. Dauer und Höhe des Unterhaltsanspruchs	383
8. Rangfolge und Konkurrenzen	384
9. Beweislast	385
4. Abschnitt: Unterhaltsbedarf und Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt	
I. Unterhaltsbedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen	400
1. Der Unterhaltsbedarf als gesamter Lebensbedarf	400
2. Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen und fehlende Lebensstandardgarantie	409
3. Gestaltung der ehelichen Lebensverhältnisse durch Einkommen und sonstige Umstände	416
4. Haushaltsführung und Kinderbetreuung in der Ehe	422
5. Wandelbare Verhältnisse und Stichtagsprinzip	426
6. Bedarfsbemessung nach dem zur Deckung des Lebensbedarfs verfügbaren Einkommen	432
7. Vorabzug von Steuern, Vorsorgeaufwendungen, berufsbedingten Aufwendungen, Werbungskosten, Kinderbetreuungskosten und Schulden	437
8. Vorabzug von Unterhaltslasten	440
9. Aufwendungen zur Vermögensbildung	453
10. Konsumverhalten und objektiver Maßstab für die Bedarfsbemessung ..	463
11. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse	467
12. Verbot der Doppelverwertung	480
II. Überblick zu den in der Ehe angelegten und nicht angelegten Einkünften, berücksichtigungswürdigen Ausgaben sowie Änderungen der Einkommensverhältnisse nach Trennung und Scheidung	550
1. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften	550
2. Normale Einkommensänderungen und vom Normalverlauf erheblich abweichende Einkommensänderungen	557
3. Einkommensänderungen nach der Trennung durch freiwillige Disposition (zB Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder berufliche Verselbständigung)	577
4. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit ..	585
5. Aufnahme oder Ausweitung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Berechtigten nach der Trennung	593

Inhaltsverzeichnis

zu § 4

6. Einkünfte aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	596
7. Einkommensänderungen infolge erstmaligem Rentenbezug nach Trennung und Scheidung	598
8. Nutzung des Vorsorgevermögens aus Vorsorgeaufwendungen im Rentenfall	604
9. In der Ehe angelegte und nicht in der Ehe angelegte Einkünfte aus Vermögen	607
10. Fiktive Einkünfte beim Berechtigten und Verpflichteten nach der Trennung	621
11. Gehaltsbestandteile und Familienzuschläge bei Wiederverheiratung.	629
12. Ersparnis durch das Zusammenleben und Haushaltsführung für einen neuen Partner.	630
13. Bedarfsrelevante Änderungen im Ausgabenbereich	636
14. Neu hinzutretende Unterhaltspflichten	642
15. Zusammentreffen von Erhöhung und Minderung des Einkommens ...	643
16. Berücksichtigung des Preisindex der Lebenshaltungskosten.	644
III. Halbteilungsgrundsatz, Mindestbedarf und konkrete Bedarfsbemessung ...	750
1. Halbteilungsgrundsatz	750
2. Mindestbedarf	756
3. Keine Sättigungsgrenze bei der Bedarfsbemessung nach Quote	760
4. Konkrete Bedarfsbemessung	763
5. Bedarfsbemessung nach Ehegattenquoten	772
6. Überblick zu den Quoten bei Einkünften aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften und zur Höhe des Erwerbstätigenbonus	782
7. Unterhaltsberechnung im Grenzbereich zwischen konkretem Bedarf und Quote	789
IV. Berechnungsmethoden	800
1. Unterhaltsberechnung nach der Additionsmethode	800
2. Bedarfsbemessung bei konkurrierendem Gattenunterhalt	805
3. Unterhaltsberechnung nach Differenz- und Anrechnungsmethode ...	814
4. Methodenwahl.	821
5. Auswirkungen des Vorabzugs von Schulden und Kindesunterhalt auf den Erwerbstätigenbonus bei Mischeinkünften	826
6. Quotenunterhalt und die (überholte) Rechtsprechung zum vollen Unterhalt und trennungsbedingten Mehrbedarf	835
7. Quotenunterhalt und Mindestbedarf.	837
V. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung eines regelmäßigen Mehrbedarfs ..	840
1. Mehrbedarfsfälle und konkrete Bemessung des Mehrbedarfs	840
2. Unterhaltsberechnung bei Mehrbedarf	846

5. Abschnitt: Vorsorgeunterhalt

I. Vorsorgeunterhalt wegen Alters, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	855
1. Grundsätzliches, Voraussetzungen, Beginn und Dauer des Vorsorgeunterhalts beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt sowie Verfassungsmäßigkeit	856
2. Geltendmachung und Tenorierung des Vorsorgeunterhalts	862
3. Zweckbestimmung und nicht zweckbestimmte Verwendung des Vorsorgeunterhalts	868
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts aus dem Elementarunterhalt nach der Bremer Tabelle	874
5. Zweistufige und einstufige Berechnung des Elementarunterhalts und Vorrang des Elementarunterhalts gegenüber dem Vorsorgeunterhalt ...	883
6. Vorsorgeunterhalt bei späteren Abänderungen	894
7. Rechenbeispiel des BGH zum Vorsorgeunterhalt (nach BGH FamRZ 1983, 888)	897

8. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts ((muss durch die Neuveröffentlichung der Bremer Tabelle für 2019 ersetzt werden))	898
II. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit	900
1. Voraussetzungen des Krankheitsvorsorgeunterhalts und Krankenversicherungsschutz bei Trennung oder Scheidung	900
2. Berechnung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	906
3. Vorabzug der Krankenversicherungsbeiträge und des Krankheitsvorsorgeunterhalts vom Einkommen sowie mehrstufige Berechnung des Elementarunterhalts	911
4. Geltendmachung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	923
III. Pflegevorsorgeunterhalt	927
6. Abschnitt: Zur Bedürftigkeit des Berechtigten	
I. Unterhaltsbedürftigkeit	928
1. Bedürftigkeit als Unterhaltsvoraussetzung	928
2. Bedürftigkeitsmindernde Anrechnung der Einkünfte des Berechtigten	933
3. Anrechnung auf den vollen Unterhalt unter Berücksichtigung von Mehrbedarf	937
4. Nach § 1577 I BGB in vollem Umfang anzurechnende Einkünfte des Berechtigten	942
5. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Bedürftigkeit	943
II. Anrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit des Berechtigten nach § 1577 II BGB	944
1. Zur Auslegung und zum Anwendungsbereich des § 1577 II BGB	944
2. Ermittlung des anrechnungsfreien Betrags nach § 1577 II 1 BGB – Problem des anrechnungsfreien Defizits	948
3. Billigkeitsanrechnung nach § 1577 II 2 BGB	952
4. Rechenbeispiele zu § 1577 II BGB	956
III. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB und nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	959
1. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB	959
2. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	964
3. Notgroschen	965
7. Abschnitt: Zur Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	
I. Leistungsunfähigkeit als Einwendung	966
II. Eigener eheangemessener Bedarf	969
III. Bedarfsquote und Billigkeitsquote, konkreter Bedarf	975
IV. Schuldhaft herbeigeführte Leistungsunfähigkeit, Folgen des Mangelfalls	978
V. Obliegenheit des Unterhaltspflichtigen zur Verwertung des Vermögens	979
8. Abschnitt: Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b BGB	
I. Allgemeines	1000
1. Neues und bisheriges Recht	1000
2. Struktur des § 1578b BGB	1001
3. Gemeinsame Voraussetzungen von § 1578b I und II BGB	1002
II. Herabsetzung des eheangemessenen Unterhalts auf den angemessenen Lebensbedarf nach § 1578b I BGB	1006
1. Anwendungsbereich des § 1578b I BGB	1006
2. Rechtsfolgen nach § 1578b I BGB	1009
III. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1578b II BGB	1027
1. Anwendungsbereich des § 1578b II BGB	1027
2. Rechtsfolgen nach § 1578b II BGB	1030

IV. Kriterien zu der nach § 1578b I oder II BGB erforderlichen Billigkeitsabwägung	1032
1. Billigkeitsabwägung zur Herabsetzung und zeitlichen Begrenzung des Unterhalts	1032
2. Die Kinderschutzklausel.	1037
3. Dauer der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes.	1040
4. Gestaltung der Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit während der Ehe.	1041
5. Dauer der Ehe	1065
6. Sonstige Umstände	1071
V. Verfahrensrechtliche Fragen bei Anwendung des § 1578b I u. II BGB	1084
1. Geltendmachung im Erstverfahren	1084
2. Geltendmachung in einem späteren Abänderungsverfahren	1087
3. Darlegungs- und Beweislast.	1093

9. Abschnitt: Die Härteklausele des § 1579 BGB

I. Normzweck, gesetzliche Regelung und Anwendungsbereich des § 1579 BGB	1200
1. Normzweck und entstehungsgeschichtliche Entwicklung	1200
2. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausele	1204
3. Rechtsfolgen der Härteklausele	1206
4. Anwendungsbereich des § 1579 BGB.	1209
5. Darlegungs- und Beweislast.	1213
II. Grobe Unbilligkeit und Zumutbarkeitsabwägung nach § 1579 BGB	1218
1. Grobe Unbilligkeit als eigene Anspruchsvoraussetzung bei jedem Härtegrund.	1218
2. Umstände, die bei der Interessenabwägung zur Beurteilung einer groben Unbilligkeit zu berücksichtigen sind	1221
3. Vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes durch den Berechtigten	1229
4. Sonderfragen	1241
III. Ehe von kurzer Dauer (§ 1579 Nr. 1 BGB)	1244
1. Härtegrund der kurzen Ehedauer (Nr. 1).	1244
2. Kurze Ehedauer bis zu zwei Jahren	1250
3. Nicht mehr kurze Ehedauer ab ca. 3 Jahren.	1253
4. Ehedauer zwischen zwei und drei Jahren und sonstige Sonderfälle	1255
5. OLG-Entscheidungen mit Billigkeitsabwägungen	1260
IV. Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (§ 1579 Nr. 2 BGB)	1267
1. Neufassung des Tatbestands.	1267
2. Verfestigte Lebensgemeinschaft.	1270
3. Auf Distanz angelegtes Verhältnis.	1276
4. Grobe Unbilligkeit	1277
V. Härtegrund eines Verbrechens oder schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen (§ 1579 Nr. 3 BGB).	1278
1. Härtegrund der Nr. 3.	1278
2. Beleidigungen, Verleumdungen und falsche Anschuldigungen	1285
3. Betrug und versuchter Prozessbetrug	1286
VI. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (§ 1579 Nr. 4 BGB)	1289
1. Der Härtegrund der Nr. 4.	1289
2. Mutwillige Bedürftigkeit infolge Alkohol- oder Drogenabhängigkeit ..	1296
3. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Aufgabe einer Erwerbstätigkeit oder wegen unterlassener Maßnahmen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit	1301
4. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Verschwendung oder unwirtschaftlicher Vermögensanlage	1308

5. Mutwillige Bedürftigkeit wegen bestimmungswidriger Verwendung des Vorsorgeunterhalts	1313
6. Sonstige Fälle, in denen der BGH eine Mutwilligkeit verneint hat.	1314
VII. Mutwillige Verletzung von Vermögensinteressen des Verpflichteten (§ 1579 Nr. 5 BGB)	1318
1. Zum Härtegrund der Nr. 5	1318
2. Fälle zu Nr. 5.	1323
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen	1326
VIII. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (§ 1579 Nr. 6 BGB)	1329
1. Zum Härtegrund der Nr. 6	1329
2. Fälle einer Pflichtverletzung zu Nr. 6	1336
IX Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (§ 1579 Nr. 7 BGB)	1337
1. Zum Härtegrund der Nr. 7	1337
2. Verstöße gegen die eheliche Treuepflicht als offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten	1346
3. Sonstige Fälle eines schwerwiegenden Fehlverhaltens	1353
4. Fälle, in denen der BGH ein schwerwiegendes Fehlverhalten verneint hat	1359
5. Eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten	1364
6. Darlegungs- und Beweislast	1369
X Anderer schwerwiegender Grund nach § 1579 Nr. 8 BGB	1371
1. Zum Härtegrund der Nr. 8	1371
2. Härtegrund der Nr. 8, wenn nach der Scheidung ein ehewidriges Verhältnis gemäß Nr. 7 fortgeführt wird	1374
3. Der Härtegrund der Nr. 8 in sonstigen Fällen	1375
4. Kein Härtegrund nach Nr. 8	1377
XI Wiederaufleben eines nach § 1579 BGB ausgeschlossenen Anspruchs und endgültiger Ausschluss nach § 1579 BGB	1382
1. Grundsatz	1382
2. Wiederaufleben eines nach Nr. 2 ausgeschlossenen Anspruchs	1384
3. Wiederaufleben eines Anspruchs aus Gründen des vorrangigen Kindeswohls.	1385

§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle

I. Selbstbehalt und Mangelfall	1
1. Relativität von Eigenbedarf, Selbstbehalt und Mangelfall.	1
2. Verschiedene Selbstbehalte nach den Leitlinien	2
3. Voraussetzungen eines Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB	31
4. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Leistungsfähigkeit.	47
II. Einkommens- und Bedarfskorrekturen im Mangelfall	52
1. Überblick zum Mangelfall nach § 1581 BGB	53
2. Kindergeld und Zählkindvorteil im Mangelfall.	62
3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen gesteigerter Erwerbsobliegenheit und erhöhte Zurechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	67
4. Zurechnung von freiwilligen unentgeltlichen Zuwendungen Dritter ..	73
5. Verschärfte Anforderungen an Abzugsposten vom Bruttoeinkommen bei Berechnung des Nettoeinkommens	76
6. Erhöhung der Deckungsmasse durch eine zumutbare Vermögensverwertung.	81
7. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Verpflichteten	85
8. Obliegenheit, sich auf die Pfändungsfreigrenzen zu berufen und evtl. Insolvenzantrag zu stellen	95

9. Individuelle oder schematische Kürzung eines verbleibenden Fehlbedarfs nach § 1581 BGB	102
III. Mehrheit von Berechtigten: relativer Mangelfall	105
IV. Mehrheit von Berechtigten: gemischter Mangelfall mit zwei Ehegatten ...	107
1. Allgemeines	107
2. Vorteile des Zusammenlebens	108
3. Rechenweg bei mehreren Ehegatten	109
4. Beispiele zu absoluten und relativen Mangelfällen mit mehreren Ehegatten	110
5. Unterhalt bei Nachrang der späteren Ehe	111
6. Das anrechnungsfreie Defizit	112
V. Mehrheit von Berechtigten: Rangfragen	113
1. Maßgeblichkeit von Rangverhältnissen im Mangelfall	113
2. Die gesetzliche Rangfolge bei mehreren Berechtigten	118
3. Zum Rangverhältnis unter mehreren berechtigten Kindern	120
4. Rangverhältnisse nach § 1582, § 1609 Nr. 2 und 3 BGB zwischen mehreren unterhaltsberechtigten Ehegatten	124
5. Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Kindern	136
6. Der vorrangige Bedarf im Mangelfall	138
7. Kürzung und Wegfall des Unterhalts nachrangig Berechtigter in Mangelfällen	144
8. Rechenbeispiele zum Ausscheiden bzw. zur Berechnung des Unterhalts nachrangig Berechtigter	150
9. Verteilung bei Gleichrang (mit Beispielen)	155
10. Gleicher Rang und verschiedener Selbstbehalt: Bedürftig gewordene Volljährige neben gleichrangigen	160
11. Altfälle	164
VI. Rangverhältnis zwischen mehreren Verpflichteten	166
1. Rangordnung unter unterhaltspflichtigen Verwandten	167
2. Ersatzhaftung im Mangelfall	170
3. Mehrere unterhaltspflichtige Ehegatten	171
4. Ehegatte neben nichtehelichem Elternteil	172
5. Nichteheliche Elternteile untereinander	174
6. Ehegatten oder nichteheliche Elternteile neben Verwandten	175
7. Haftungskonkurrenz bei Unterhalt minderjähriger Kinder	186
8. Mangelfall bei Barunterhaltspflicht beider Elternteile	187

§ 6 Sonderfragen

1. Abschnitt: Selbstständige Bestandteile des Unterhaltsanspruchs

I. Sonderbedarf	1
1. Anspruchsvoraussetzungen	1
2. Beteiligung des Unterhaltsgläubigers an der Finanzierung des Sonderbedarfs	10
3. Einzelfälle	14
II. Prozess- und Verfahrenskostenvorschuss	20
1. Terminologie	20
2. Anspruchsberechtigte	21
3. Anspruchsvoraussetzungen	28
4. Inhalt des Anspruchs	37
5. Prozessuales, Rückforderung des Kostenvorschusses	39

2. Abschnitt: Unterhalt für die Vergangenheit

I. Anspruchsvoraussetzungen	100
1. Gesetzliche Grundlagen	100

2. Rechtshängigkeit	106
3. Auskunft	107
4. Sonderbedarf	108
5. Rückwirkender Unterhalt nach § 1613 II Nr. 2 BGB	109
6. Übergeleitete und übergegangene Unterhaltsansprüche	110
7. Sonstige Ansprüche	113
8. Absichtlicher Leistungsentzug beim nachehelichen Unterhalt	114
II. Verzug	119
1. Verzug nach § 286 I BGB	119
2. Verzug nach § 286 II Nr. 1 BGB	134
3. Verzug nach § 286 II Nr. 3 BGB	135
4. Verzug nach § 286 II Nr. 4 BGB	136
5. Verschulden des Pflichtigen	137
6. Verzugszinsen	138
7. Beseitigung der Verzugsfolgen und Verwirkung	140
III. Verjährung	147
 3. Abschnitt: Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Unterhalt	
I. Grundsätze	200
1. Ausgangslage	200
2. Anspruchsgrundlagen	203
II. Rückforderungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	204
1. Anspruchsgrundlage	204
2. Entreicherung	208
3. Verschärfte Haftung	213
4. Möglichkeiten des Pflichtigen gegen den Entreicherungseinwand	221
5. Mehrleistung mit Erstattungsabsicht	226
III. Ansprüche aus dem Vollstreckungsrecht	228
1. Ansprüche bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen	228
2. Ansprüche bei Notunterhalt	230
3. Ansprüche bei Vaterschaftsfeststellung	231
4. Keine Ansprüche bei einstweiligen Anordnungen	232
IV. Ansprüche aus unerlaubter Handlung	233
1. Anspruch bei Betrug	233
2. Vorsätzliche sittenwidrige Ausnützung eines unrichtig gewordenen Vollstreckungstitels	235
V. Sonderfälle	239
1. Rückforderung bei Rentennachzahlung	239
2. Rückforderungen eines Verfahrenskostenvorschusses	242
 4. Abschnitt: Aufrechnung mit Gegenforderungen	
I. Aufrechnungsverbot für unpfändbare Forderungen	300
II. Aufrechnungen gegen Unterhaltsforderungen	302
III. Der Arglistseinwand	307
IV. Die Aufrechnungserklärung	309
V. Die Aufrechnungsvereinbarung	310
VI. Die Aufrechnung mit Rückforderungsansprüchen aus Unterhaltsüberzahlungen	311
VII. Zusammenfassung	313
 5. Abschnitt: Unterhalt bei Gütergemeinschaft	
I. Überblick	400
II. Ehegattenunterhalt	402
1. Trennungunterhalt	402

Inhaltsverzeichnis

zu § 7

2. Familienunterhalt	412
3. Nachehelicher Unterhalt	413
III. Kindesunterhalt	419
1. Kindesunterhalt in der Trennungszeit	420
2. Kindesunterhalt ab Rechtskraft der Scheidung	422
IV. Keine fiktiven Einkünfte	423
V. Eilmaßnahmen	424
 6. Abschnitt: Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt	
I. Allgemeines	600
1. Einführung	600
2. Gesetzlicher oder vertraglicher Unterhaltsanspruch	603
3. Allgemeine Sittenwidrigkeit von Unterhaltsvereinbarungen	610
4. Abänderung von Unterhaltsvereinbarungen	617
II. Vereinbarungen zum Familienunterhalt	630
III. Vereinbarungen zum Getrenntlebensunterhalt	632
IV. Vereinbarungen zum Nachscheidungsunterhalt	633
1. Formale Anforderungen	633
2. Vorsorgende Vereinbarungen	638
3. Vereinbarungen anlässlich oder nach der Scheidung	639
V. Vereinbarung eines Unterhaltsverzichts	640
1. Die besondere Problematik des Verzichts auf nachehelichen Unterhalt	640
2. Richterliche Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle	643
VI. Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	660
VII. Vereinbarung einer Kapitalabfindung	666
 7. Abschnitt: Darlegungs- und Beweislast sowie tatrichterliche Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	
I. Zur Darlegungs- und Beweislast	700
1. Allgemeiner Überblick	700
2. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltsberechtigten	703
3. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltspflichtigen	721
4. Zur Regel-Ausnahme-Situation	732
5. Negativtatsachen und substantiiertes Bestreiten von Tatsachen aus dem eigenen Wahrnehmungsbereich	741
6. Darlegungs- und Beweislast bei Abänderungsverfahren	746
7. Darlegungs- und Beweislast bei negativen Feststellungsanträgen	747
8. Zur Umkehr der Beweislast	749
II. Zur tatrichterlichen Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	750
1. Zur Anwendung des § 287 ZPO im Unterhaltsverfahren	750
2. Zur Schätzung nach § 287 ZPO	755
3. Zu den Schätzungsvoraussetzungen	758
 § 7 Unterhalt zwischen nicht verheirateten Eltern und zwischen Lebenspartnern	
1. Abschnitt: Ansprüche der Mutter oder des Vaters eines nichtehelichen Kindes gegen den anderen Elternteil und damit zusammenhängende Ansprüche	
I. Allgemeines	1
1. Historische Entwicklung des § 1615l BGB	1
2. Bedeutung des § 1615l BGB	10
II. Die einzelnen Unterhaltstatbestände des § 1615l BGB	11
1. Überblick	11
2. Der Mutterschutzunterhalt gemäß § 1615l I 1 BGB	14

3. Der Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Krankheit gemäß § 1615l II 1 BGB.	17
4. Der Unterhalt wegen Kindesbetreuung gemäß § 1615l II 2 bis 5 BGB.	20
5. Der Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Vaters.	78
6. Der Anspruch auf Ersatz von Schwangerschafts- und Entbindungskosten nach § 1615l I 2 BGB.	82
III. Die Bemessung des Unterhalts.	91
1. Der Unterhaltsbedarf.	91
2. Die Bedürftigkeit.	123
3. Die Leistungsfähigkeit.	141
IV. Rangverhältnisse und Unterhaltskonkurrenzen.	152
1. Mehrere Unterhaltsberechtigte.	152
2. Mehrere Unterhaltspflichtige.	161
V. Einzelne Fragen des materiellen Rechts.	191
1. Abgrenzung der Ansprüche aus § 1615l BGB und § 1570 BGB.	191
2. Anspruchsberechtigte, Anspruchsgegner, Durchsetzung des Anspruchs aus § 1615l BGB.	193
3. Fälligkeit, Unterhalt für die Vergangenheit.	197
4. Auskunftsanspruch.	200
5. Erlöschen des Anspruchs durch den Tod des Unterhaltsberechtigten.	203
6. Erlöschen des Anspruchs des Berechtigten durch andere Gründe.	204
7. Der Anspruch auf Übernahme von Beerdigungskosten der Mutter.	210
8. Tod des Unterhaltspflichtigen.	215
9. Tot- oder Fehlgeburt des Kindes, Schwangerschaftsabbruch.	218
10. Verzicht, Unterhaltsvereinbarungen.	226
11. Verwirkung.	228
12. Verjährung.	235
13. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten.	236
VI. Verfahrensrechtliches.	240
1. Zuständiges Gericht für Unterhaltsverfahren.	240
2. Verfahren.	242
3. Verfahrenskostenvorschuss.	243
4. Darlegungs- und Beweislast.	244
5. Titel und Befristung des Betreuungsunterhalts.	259
6. Abänderungsantrag.	265
7. Vorläufige Rechtsschutzmöglichkeiten.	266
8. Übergangsrecht.	281

2. Abschnitt: Unterhaltsansprüche zwischen eingetragenen Lebenspartnern

I. Allgemeines.	290
1. Die Entwicklung der eingetragenen Lebenspartnerschaft.	290
2. Die eingetragene Lebenspartnerschaft als Unterhaltsvoraussetzung.	298
3. Grundsätze zur Unterhaltspflicht nach dem LPartG.	307
II. Die einzelnen Unterhaltsansprüche.	310
1. Lebenspartnerschaftsunterhalt nach § 5 LPartG.	310
2. Trennungsunterhalt nach § 12 LPartG.	327
3. Der nachpartnerschaftliche Unterhalt nach § 16 LPartG.	353
4. Gerichtliche Geltendmachung.	376

§ 8 Unterhalt und Sozialleistungen

1. Abschnitt: Das Verhältnis von Sozial- und Unterhaltsrecht

I. Die verschiedenen Sozialleistungen.	1
II. Die Reform des Sozialrechts zum 1.1.2005 und weitere Änderungen.	4

Inhaltsverzeichnis

zu § 8

III. Sozialleistungen als anrechenbares Einkommen im Unterhaltsrecht	5
1. Einkommensersatzende Sozialleistungen	5
2. Subsidiäre Sozialleistungen	7
3. Bedürftigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	10
4. Leistungsfähigkeit beim Bezug subsidiärer Sozialleistungen	13
5. Verwirklichung des Nachrangs und Rechtsschutz	15
2. Abschnitt: Sozialhilfe und Unterhalt	
I. Abgrenzung von Sozialhilfe und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	18
II. Hilfebedürftigkeit	23
1. Einsatzgemeinschaft („Bedarfsgemeinschaft“)	23
2. Einsatz des Einkommens und des Vermögens	29
III. Hilfe zum Lebensunterhalt	46
1. Anspruchsberechtigung	46
2. Notwendiger Unterhalt	47
IV. Sonstige Hilfearten	57
V. Der Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Sozialhilfeträger	60
1. Abgrenzung des § 94 SGB XII vom Übergang anderer Ansprüche	60
2. Übergehende Unterhaltsansprüche; Ausschluss des Anspruchsübergangs	62
3. Umfang des Forderungsübergangs	69
4. Wirkung des Anspruchsübergangs	77
5. Unterhalt für die Vergangenheit, Rechtswahrungsanzeige	81
6. Unterhaltsverzicht und Unterhaltsvereinbarungen	83
7. Laufende Zahlung des Unterhalts	84
8. Unterhalt volljähriger Kinder	85
9. Unbillige Härte	87
VI. Sozialhilferechtliche Vergleichsberechnung	91
1. Rechtslage bis zum 31.12.2004	91
2. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung	92
VII. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs im Prozess	107
1. Konsequenzen des Anspruchsübergangs	107
2. Rückübertragung des übergegangenen Unterhaltsanspruchs	111
3. Erneute Abtretung an den Sozialhilfeträger	119
4. Konkurrenz zwischen Unterhaltsberechtigtem und Sozialhilfeträger	120
5. Abänderungsverfahren	123
VIII. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	124
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Sozialhilfeträger	124
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsberechtigten	126
3. Abschnitt: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Unterhalt	
I. Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	135
1. Verhältnis zur Sozialhilfe und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende	135
2. Voraussetzungen und Art der Leistungen	138
3. Bewilligungszeitraum	146
II. Das Verhältnis von Unterhaltsansprüchen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	147
1. Überblick	147
2. Einsatzgemeinschaft	149
3. Unterhalt zwischen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten (Lebenspartnern); Betreuungsunterhalt nach § 1615l BGB	152
4. Elternunterhalt	154
5. Unterhalt volljähriger Kinder	167
6. Unterhalt zwischen Verwandten zweiten Grades	170

4. Abschnitt: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende und Unterhalt

I. Grundsicherung und Sozialhilfe	171
1. Die Reform des Sozialrechts zum 1.1.2005	171
2. Abgrenzung von der Sozialhilfe und der Jugendhilfe	175
3. Zuständigkeiten	176
II. Anspruchsvoraussetzungen	178
1. Berechtigter Personenkreis	178
2. Alter	186
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	187
4. Erwerbsfähigkeit	188
5. Hilfebedürftigkeit; Einsatz von Einkommen und Vermögen	189
III. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	200
1. Arbeitslosengeld II	201
2. Sozialgeld	210
3. Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes	212
4. Sonstige Geldleistungen	214
5. Ausschließlichkeit der Leistungen nach dem SGB II	218
IV. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen bei Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende	219
1. Erwerbsobliegenheit	219
2. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende als unterhaltsrechtliches Einkommen des Pflichtigen	220
V. Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende durch den Unterhaltsberechtigten; Anspruchsübergang	225
1. Subsidiarität der Grundsicherung	225
2. Anspruchsübergang	228
3. Kraft Gesetzes übergehende Unterhaltsansprüche	232
4. Umfang des Anspruchsübergangs	238
5. Unterhalt für die Vergangenheit	245
6. Vergleichsberechnung	248
7. Keine Härteregelung	251
8. Laufende Zahlung des Unterhalts	252
9. Geltendmachung des übergegangenen Anspruchs	253
10. Rückübertragung und erneute Abtretung des Unterhaltsanspruchs	255
VI. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	256
1. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch die Träger der Grundsicherung	256
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Leistungsempfänger	261

5. Abschnitt: Unterhaltsvorschuss und Unterhalt

I. Die Voraussetzungen des Unterhaltsvorschusses	262
II. Anspruchsübergang	270
III. Verhältnis von Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Unterhaltsvorschuss	276

6. Abschnitt: Ausbildungsförderung und Unterhalt

I. Voraussetzungen und Dauer der Förderung	279
II. Das Verhältnis von Ausbildungsförderung und Unterhalt	286
1. Ausbildungsförderung und Vorausleistung	286
2. Anspruchsübergang	288

§ 9 Auslandsberührung

1. Abschnitt: Materielles Recht

I. Rechtsquellen	1
1. Europäische Unterhaltsverordnung (EuUnthVO)	2
2. Haager Unterhaltsprotokoll 2007 (HUP 2007)	4
3. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUÜ 73)	5
4. Haager Abkommen über das auf Unterhaltspflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht (HUÜ 56)	6
5. Innerdeutsches Kollisionsrecht und bilaterale Verträge	7
II. Definition der Unterhaltspflicht	9
III. Anwendbares materielles Recht – Unterhaltsstatut	11
1. Gesetzliche Grundlagen	11
2. Vorbehalt nach Art. 15 HUÜ	12
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	13
4. Subsidiarität	16
5. Gemeinsame Staatsangehörigkeit	18
6. Recht des Gerichtsstaats	23
7. Verstoß gegen den Ordre Public	24
8. Folgen einer Scheidung	26
9. Wahl des anzuwendenden Rechts	31
10. Auf öffentliche Träger übergegangene Unterhaltsansprüche	34
IV. Bemessung des Unterhalts	35
1. Allgemeines zur Bedarfsermittlung	35
2. Bedarfskorrektur nach Ländergruppeneinteilung	37
3. Bedarfskorrektur mit Hilfe der Verbrauchergeldparität und der vergleichenden Preisniveaus	38
4. Bedeutung der Teuerungsziffern für den Kaufkraftausgleich der Auslandsbesoldung	91
V. Währung	94
VI. Ausgewählte Länder	100

Belgien

1. Allgemeines	101
2. Kindesunterhalt	102
3. Ehegattenunterhalt	103
4. Familienunterhalt	108

Bosnien-Herzegowina

1. Allgemeines	109
2. Kindesunterhalt	111
3. Ehegattenunterhalt	115
4. Unterhalt des außerehelichen Partners	117
5. Sonstiger Verwandtenunterhalt	118
6. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	119

Dänemark

1. Kindesunterhalt	124
2. Ehegattenunterhalt	127

England und Wales

1. Kindesunterhalt	133
2. Ehegattenunterhalt	140
3. Allgemeine Grundsätze	149

Finnland

1. Kindesunterhalt	150
2. Ehegattenunterhalt	158
3. Unterhaltsanspruch eines Lebenspartners	162

Frankreich

1. Kindesunterhalt	163
2. Ehegattenunterhalt	164
3. Familienunterhalt	173

Griechenland

1. Kindesunterhalt	174
2. Ehegattenunterhalt	177
3. Verwandtenunterhalt	183
4. Allgemeine Grundsätze	186

Irland

1. Kindesunterhalt	189
2. Ehegattenunterhalt	192

Italien

1. Kindesunterhalt	198
2. Ehegattenunterhalt	200
3. Verwandtenunterhalt	208

Kroatien

1. Kindesunterhalt	209
2. Ehegattenunterhalt	212
3. Unterhalt für den außerehelichen Partner und die Mutter des nichtehelich geborenen Kindes	215
4. Verwandtenunterhalt	218
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	219

Montenegro

1. Kindesunterhalt	225
2. Ehegattenunterhalt	227
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	232
4. Verwandtenunterhalt	238
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	242

Niederlande

1. Kindesunterhalt	246
2. Ehegattenunterhalt	249
3. Verwandtenunterhalt	257
4. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	259

Norwegen

1. Kindesunterhalt	260
2. Ehegattenunterhalt	264

Österreich

1. Kindesunterhalt	271
2. Ehegattenunterhalt	275

Polen

1. Kindesunterhalt	294
2. Ehegattenunterhalt	303
3. Verwandtenunterhalt	310
4. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft	312
5. Allgemeine Vorschriften	313

Portugal

1. Kindesunterhalt	316
2. Ehegattenunterhalt	324
3. Verwandtenunterhalt	332
4. Unterhaltsanspruch der Kindesmutter	334

Rumänien

1. Kindesunterhalt	335
2. Ehegattenunterhalt	340
3. Verwandtenunterhalt	345
4. Allgemeine Vorschriften	346

Schottland

1. Kindesunterhalt	352
2. Ehegattenunterhalt	354
3. Allgemeine Grundsätze	356
4. Verfahrensrecht	360

Schweden

1. Kindesunterhalt	363
2. Ehegattenunterhalt	371

Schweiz

1. Kindesunterhalt	376
2. Ehegattenunterhalt	383
3. Verwandtenunterhalt	401
4. Allgemeine Vorschriften	402

Serbien

1. Kindesunterhalt	403
2. Ehegattenunterhalt	406
3. Unterhalt der Mutter eines Kindes und des außerehelichen Partners	409
4. Verwandtenunterhalt	411
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	414

Slowenien

1. Kindesunterhalt	419
2. Ehegattenunterhalt	422
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	431
4. Verwandtenunterhalt	432
5. Allgemeine Vorschriften	433

Spanien

1. Kindesunterhalt	438
2. Ehegattenunterhalt	444
3. Verwandtenunterhalt	450

Tschechische Republik

1. Kindesunterhalt	452
2. Ehegattenunterhalt	456
3. Unterhalt aus gemeinsamer Elternschaft	463
4. Verwandtenunterhalt	464

Türkei

1. Kindesunterhalt	466
2. Ehegattenunterhalt	471
3. Verwandtenunterhalt	494

Ungarn

1. Kindesunterhalt	495
2. Ehegattenunterhalt	501
3. Verwandtenunterhalt	504

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

1. Kindesunterhalt	508
2. Ehegattenunterhalt	512

2. Abschnitt: Verfahrensrecht einschließlich Vollstreckung

I. Rechtsquellen	600
1. Europäische Unterhaltsverordnung Nr. 4/2009 (EuUnthVO)	602
2. Haager Unterhaltsübereinkommen vom 23.11.2007 (HUVÜ 2007) ...	604
3. Verordnungen (EG) Nr. 44/2001 (Brüssel I-VO = EuGVVO) und Nr. 1215/2012 (Brüssel Ia-VO = EuGVVO-neu)	606
4. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2.10.1973 (HUVÜ 73)	611
5. Haager Kindesunterhaltsübereinkommen vom 15.4.1958 (HKUVÜ 58)	613
6. Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 27.9.1968 (EuGVÜ)	614
7. Luganer Übereinkommen über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen vom 30.10.2007 (LugÜ)	615
8. Bilaterale Abkommen	616
9. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 vom 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (EuVTVO)	617
10. UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20.6.1956	619
11. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 vom 13.11.2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (EuZVO)	620
12. Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965 (HÜZA)	621
13. Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 vom 28.5.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (EuBVO) ..	622

14. Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen	623
15. Europäisches Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht vom 7.6.1968	624
16. Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG)	626
17. Auslandsunterhaltsgesetz – AUG	627
18. Nationales Verfahrensrecht bei Auslandsbezug	628
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahren	640
1. Internationale Zuständigkeit	640
2. Rechtsschutzbedürfnis	665
3. Abänderung ausländischer Unterhaltstitel	666
4. Einstweiliger Rechtsschutz	671
5. Verfahrenskostenhilfe	675
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Unterhaltstitel	675
1. Unmittelbare Vollstreckbarkeit nach der EuUnthVO	677
2. Exequaturverfahren	682
3. Anerkennungs- und Vollstreckungshindernisse	686
4. Umsetzung durch nationales Recht	691
5. Anerkennung und Vollstreckung nach nationalem Recht	699
IV. Beitrittsgebiet (ehemalige DDR)	710

§ 10 Verfahrensrecht

1. Abschnitt: Verfahrensgegenstand, Zuständigkeit und Gericht

I. Vom Unterhaltsprozess zum Verfahren in Unterhaltsstreitsachen	1
II. Verfahrensgegenstand	2
1. Die Unterhaltssachen als Familienstreitsachen (§ 231 I FamFG)	2
2. Die Nichtunterhaltssachen	4
3. Mischverfahren	5
III. Das Familiengericht	6
1. Die sachliche Zuständigkeit	6
2. Die örtliche Zuständigkeit	8
3. Internationale Zuständigkeit	15
4. Abgabe, Verweisung und Kompetenzkonflikte	19
5. Der Familienrichter	32

2. Abschnitt: Die Schaffung und Abänderung von Unterhaltstiteln

I. Der Leistungsantrag im Hauptsacheverfahren 1. Instanz	34
1. Allgemeines	35
2. Rechtsschutzbedürfnis und Titulierungsinteresse	37
3. Die Beteiligten, gesetzliche Vertretung Minderjähriger und Verfahrensstandschaft	42
4. Verfahrensgrundsätze	53
5. Sonderformen des Leistungsantrags in Unterhaltssachen („Teilunterhalt“)	55b
6. Verfahrensrechtliche Auskunftspflichten (§§ 235, 236 FamFG)	56
7. Die das Verfahren erledigende Endentscheidung (§§ 116 I, 38 FamFG)	76
II. Die Unterhaltssachen im Verbundverfahren	93
1. Das Verbundverfahren	93
2. Die Unterhaltsfolgesachen	94
3. Die Einleitung des Verbundes in Unterhaltsfolgesachen	96
4. Verfahrensgrundsätze in Unterhaltsfolgesachen	101
5. Die Abtrennung der Unterhaltsfolgesache	106
6. Die Unterhaltsfolgesache im Entscheidungsverbund	108
III. Das streitige Unterhaltsverfahren bei ungeklärter Vaterschaft	114
1. Der Kindesunterhalt bei ungeklärter Vaterschaft	114

2. Das Titulierungsverfahren (§ 237 FamFG)	115
3. Das „Korrekturverfahren“ (§ 240 FamFG)	124
IV. Die Abänderung gerichtlicher Endentscheidungen (§ 238 FamFG)	133
1. Allgemeines	133
2. Rechtsnatur	138
3. Verfahrensgegenstand	139
4. Anwendungsbereich	141
5. Abgrenzung zwischen Abänderungsantrag (§ 238 FamFG) und Vollstreckungsabwehrantrag (§ 767 ZPO) sowie Verhältnis zur Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO)	152
6. Abgrenzung zwischen Abänderungs- (§ 238 FamFG) und negativem Feststellungsantrag	164
7. Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Zusatz- oder Nachforderungsantrag	165
8. Abgrenzung zwischen Abänderungsantrag und Rechtsmittel	171
9. Zulässigkeit des Abänderungsverfahrens	179
10. Begründetheit des Abänderungsantrags	191
11. Darlegungs- und Beweislast im Abänderungsverfahren	242
12. Die Abänderungsentscheidung	248
V. Die Abänderung von Vergleichen und Urkunden (§ 239 FamFG)	252
1. Allgemeines	252
2. Der Vergleich	255
3. Die vollstreckbaren Urkunden	271
VI. Die Abänderung von Unterhaltstitel nach Art. 3 II Unterhaltsänderungsgesetz 2008	283
VII. Das Vollstreckungsabwehrverfahren (§ 767 ZPO)	295
1. Verfahrensgegenstand	295
2. Zuständigkeit	297
3. Die Vollstreckungstitel	299
4. Das Rechtsschutzbedürfnis	301
5. Die Einwendungen (§ 767 I ZPO)	303
6. Die Rechtskraft	308
7. Verzicht auf Verfahren	309
8. Verbindung des Vollstreckungsabwehr- mit einem Abänderungsantrag	310
9. Vollstreckungsabwehr und negativer Feststellungsantrag	312
10. Abgrenzung zwischen Vollstreckungsabwehrantrag und Rechtsmittel	313
11. Die Entscheidung	314
VIII. Das Feststellungsverfahren (§ 256 ZPO)	315
1. Allgemeines	315
2. Feststellungsinteresse	320
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren	323
4. Prüfungs- und Entscheidungsumfang	324
5. Darlegungs- und Beweislast	325
6. Rechtskraft	326
7. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	328
8. Verfahrenswert	329
IX. Die Verfahren wegen ungerechtfertigter Bereicherung, Erstattung und Schadensersatz in Unterhaltssachen (§ 231 I FamFG)	330
1. Die ungerechtfertigte Bereicherung	330
2. Erstattungsanträge	337
3. Schadensersatz	338
X. Das Drittschuldnerverfahren	343
XI. Das isolierte Auskunfts-, Beleg- und Versicherungsverfahren	345
XII. Das Stufenverfahren (§ 254 ZPO)	358
XIII. Das Anpassungsverfahren bei außergerichtlichen Unterhaltsvereinbarungen	369

Inhaltsverzeichnis

zu § 10

XIV Das Mahnverfahren (§ 113 II FamFG, §§ 688–703d ZPO).....	374
XV Das Wiederaufnahmeverfahren (§ 118 FamFG, §§ 578–591 ZPO).....	375
XVI Der „Widerantrag“ (§ 33 ZPO)	380
1. Allgemeines	380
2. Die Einleitung des Widerantragsverfahrens	382
3. Die allgemeinen Verfahrensvoraussetzungen	383
4. Der Zusammenhang des § 33 I ZPO	384
5. Der zeitliche Zusammenhang von Antrag und Widerantrag	385
6. Die Beteiligten des Widerantragsverfahrens	386
7. Identität der Verfahrensart von Vorantrag und Widerantrag	387
8. Sonderformen des Widerantrags, Hilfswiderantrag	388
9. Feststellungswiderantrag	389
10. Wider-Widerantrag	390
11. Gerichtsstandsvereinbarungen	391

3. Abschnitt: Vorläufige Regelung und Sicherung von Unterhaltsansprüchen

I. Die einstweilige Anordnung in Unterhaltsverfahren	392
1. Die einstweilige Anordnung als Grundtatbestand (§ 246 FamFG).....	396
2. Die einstweilige Anordnung vor Geburt eines Kindes (§ 247 FamFG) ..	460
3. Die einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft (§ 248 FamFG).....	469
4. Konkurrenzen	484
II. Der Arrest in Unterhaltssachen (§ 119 II FamFG, §§ 916 ff. ZPO)	485
1. Verfahrensvoraussetzungen	485
2. Verfahrensablauf	490

4. Abschnitt: Rechtsmittel in Unterhaltssachen

I. Die Beschwerde gegen in der Hauptsache ergangene Endentscheidungen (§§ 58, 117 FamFG)	501
1. Allgemeines	501
2. Zuständigkeit und Eingang	503
3. Beschwerdefrist	504
4. Die Beschwerdeschrift	508
5. Beschwerdesumme/Beschwer	513
6. Beschwerdebegründung	518
7. Beschwerdeerweiterung, Antragerweiterung	528
8. Antragsänderung/Beteiligtenänderung	531
9. Die Beschwerdeerwiderung	533
10. Der Gang des Beschwerdeverfahrens	534
11. Die Beschwerdeentscheidung (§§ 116, 69, 38 FamFG).....	544
12. Die Rücknahme der Beschwerde/der Verzicht	549
13. Verfahrenskostenhilfe im Beschwerdeverfahren	556
14. Verfahrenskostenhilfe und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	559
15. Neuere BGH-Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung	574
II. Die Anschlussbeschwerde (§§ 66, 117 II FamFG)	590
III. Die sonstige befristete Beschwerde gegen Endentscheidungen (§ 58 FamFG)	597
IV. Die sofortige Beschwerde (§§ 567–572 ZPO)	602
V. Die Rechtsbeschwerden	610
1. Die Rechtsbeschwerde gegen Endentscheidungen (§§ 70–75 FamFG) ..	610
2. Die Rechtsbeschwerde gegen sonstige Entscheidungen (§§ 574–577 ZPO)	618
VI. Die Anhörungsrüge (§ 321a ZPO)	623

1. Verfahrensgegenstand.....	623
2. Zulässigkeit der Rüge	626
3. Gang des Verfahrens	628
4. Die Abhilfe	632
5. Abschnitt: Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger (§§ 249–260 FamFG)	
1. Allgemeines	634
2. Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens.....	637
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren	640
4. Erstmalige Unterhaltsfestsetzung iSd § 249 II FamFG	643
5. Einstweiliger Rechtsschutz und vereinfachtes Verfahren.....	646
6. Zuständigkeit, Formalien, Kosten, Verfahrenswert und VKH	648
7. Zurückweisung des Antrags	656
8. Verbindung mehrerer Verfahren	660
9. Mitteilung an Antragsgegner	661
10. Einwendungen des Antragsgegners	662
11. Folgen der Einwendungen	672
12. Der Festsetzungsbeschluss (§ 253 FamFG).....	674
13. Die Beschwerde im vereinfachten Verfahren (§ 256 FamFG)	678
14. Die Behandlung von zulässigen Einwendungen und der Erlass eines Teilbeschlusses.....	686
15. Der Übergang ins streitige Verfahren (§ 255 FamFG).....	688
16. Die Abänderung („Korrektur“) von Endentscheidungen im vereinfachten Verfahren (§ 240 FamFG)	692
	Seite
Anhang D: Düsseldorfer Tabelle 2019 (mit Hinweisen zur DT 2018/2017/ 2016) sowie Tabelle zur Höhe des Kindergeldes.....	2161
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	2171
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	2519
Sachverzeichnis	2525